

22.03.2010
Nr.025/2010

Pressekonferenz Betriebsratswahlen 2010 - SPD-Unterstellungen

Herr Beck weicht unangenehmer Frage aus: Hat er gelogen?

- **Gezielte parteipolitische Aufladung der Betriebsratswahlen 2010**
- **Julia Klöckner und Dr. Michael Fuchs kritisieren Unterstellung und Spiel mit den Ängsten von Arbeitnehmern**

In einem Schreiben an die rheinland-pfälzischen Betriebsräte stellt Ministerpräsident Beck die infame Behauptung auf, dass die Bundesregierung aktuell „intensiv über eine Abschaffung der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen“ nachdenke und gegen diese Pläne kämpfe. Die angeblichen Pläne - Gespenster des Herrn Beck - haben Arbeitnehmer und Arbeitgeber verunsichert, die sich daraufhin an die rheinland-pfälzischen Bundestagsabgeordneten Julia Klöckner und Dr. Michael Fuchs wandten.

Weder im jüngsten Regierungsprogramm der Union, noch im Koalitionsvertrag der christlich-liberalen Regierung taucht dieses Thema auf. „Eine Abschaffung der Steuerfreiheit war nicht ein einziges Mal Diskussionsgegenstand in den Koalitionsverhandlungen und auch nicht danach“, zeigt sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union Dr. Fuchs, der in den verantwortlichen Verhandlungen mit am Tisch saß, verwundert über die Unterstellung des SPD-Landesvorsitzenden. Er schrieb diesem daraufhin am 23. Februar 2010 einen Brief mit Bitte um Aufklärung. Trotz der Ankündigung des Ministerpräsidenten im Mainzer Landtag vor wenigen Wochen, „wer mit mir kommunizieren will, der kann dies immer und bekommt immer eine Antwort“, bleibt eine Antwort des SPD-Landesvorsitzenden weiterhin aus.

Nachfragen von Julia Klöckner und Dr. Michael Fuchs sowohl bei Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle als auch im Wirtschafts- und Finanzministerium bestätigen die Unwahrheit des Schreibens an die Betriebsräte. „Der SPD-Landesvorsitzende malt Gespenster, die er dann heldenhaft bekämpfen möchte. Die haltlosen Behauptungen dienen der Partei- und Wahlkampfpolitik, sonst hätte er ja als Ministerpräsident Stellung nehmen können. Aber bewusst wurde der Briefkopf des SPD-Landesvorsitzenden genutzt. Leidtragende sind die Arbeitnehmer, deren unnötige Beunruhigung einfach in Kauf genommen wurde. Sollen hier die bevorstehenden Betriebsratswahlen parteipolitisch beeinflusst werden?“, fragt die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Julia Klöckner.

Kurios ist dabei: 2007 gab der damalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück eine wissenschaftliche Studie in Auftrag, die eine Prüfung der Steuerfreiheit anordnet. Zu dieser Zeit war Herr Beck Bundesvorsitzender der SPD! „Wir gehen davon aus, dass der SPD-Bundesvorsitzende Beck in seiner kurzen Amtszeit über die Vorhaben seiner SPD-Minister Bescheid weiß und nun bewusst, bei den Arbeitnehmern als Feuerwehrmann für ein durch die eigene Partei entfachtetes Feuer auftritt“, schlussfolgern Klöckner und Fuchs. „Wir fordern den Ministerpräsidenten daher auf, die falschen Unterstellungen bei den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter klarzustellen.“